Referat:			SOZ-N001	
Sozialreferat				
weitere betroffene Referate (Kürzel):		Federführung (Referatskürzel): SOZ		
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung): 4011100 Overhead				
1. Geplante Beschlussvorlage				
1.1 Arbeitstitel		☑ öffentlich	☐ nichtöffentlich	
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung) Direkte Folgen haushaltswirksamer Beschlüsse des Stadtrats, sofern noch nicht in der Haushaltsplanung enthalten + Fortbestand von laufenden Projekten / Mehrbedarf durch Kostensteigerung Die Landeshauptstadt München ist dazu verpflichtet, Bau-, Liefer- und Dienstleistungen ab einem bestimmten geschätzten Auftragswert über ein Vergabeverfahren zu beschaffen. Seit dem 01.01.2020 werden grundsätzlich Vergaben elektronisch über das e-Vergabe-System durchgeführt. Hierzu wurde stadtweit eine e-Vergabe-Software beschafft. Für die Umsetzung der eVergabe-Pflicht und Nutzung der eVergabe-Software wurden geschulte Vergabesachbearbeiter*innen benötigt und die Vergabestelle im Sozialreferat eingeführt.Zu den Aufgaben der Sachbearbeiter*innen gehört auch die Prüfung, Einschätzung und				
Stellungnahme zu Fragen des Vergaberechts und der Vergabep Sozialreferat wurden zunächst 3 VZÄ befristet geschaffen. Ein P zur Bewältigung der anfallenden Aufgaben erforderlich sind. Aufg des Vergaberechts und der ebenso dauerhaften Pflicht zur Nutzt erforderlich. Die Befristung endet aktuell am 31.03.2024. Deshal Stelle wurde bereits über vorhandene Referatsmittel des Sozialre Beschlusses. VZÄ werden 2024 aus dem Referatsbudget finanz	ersonalbedarfsermittlu grund der dauerhaften ung der eVergabe sind b wird hiermit eine En eferats entfristet und i	ungsverfahren hat erg gesetzlichen Verpflic die 3 VZÄ auch weit tfristung von 2 VZÄ be	eben, dass 3,15 VZÄ htung zur Einhaltung erhin und dauerhaft eantragt. Die dritte	
2. Personelle Auswirkungen				
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung	
befristet/Verlängerung Befristung	3	0	0	
dauerhaft	0	0	2	
davon Kompensation		0	0	
Zusätzlicher Büroraumbedarf	☐ ja	☑ nein	☐ teilweise	

	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)
konsumtiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	0€	140.000€	140.000 €	140.000€	
Personal	0€	140.000€	140.000€	140.000€	
weitere kons. Auszahlungen					
investiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	(

Referat:			SOZ-N002
Sozialreferat			
weitere betroffene Referate (Kürzel):		Federführung (Referatskürzel):	
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung): 40111000 Overhead			
1. Geplante Beschlussvorlage			
1.1 Arbeitstitel		☑ öffentlich	☐ nichtöffentlich
Werbekampagne für den Sozial- und Erziehungsdienst			
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung)		☑ pflichtig	☐ freiwillig
Das Sozialreferat sieht sich seit Jahren vor allem im Sozial- und I Sozialreferat steht dabei auch in Konkurrenz mit Einrichtungen ar Erziehungsdienstes im Sozialreferates künftig attraktiver zu platzi Referates für Bildung und Sport, Geschäftsbereich KITA, erfolger Die Werbestrategie wird mit dem Kundencenter Personalmarketi es, die Präsenz in den Social Media Kanälen zu verstärken sowie soll mittels Plakaten und Werbung im Fahrgastfernsehen des ÖP aufmerksam gemacht werden. Aufgrund des mittlerweile erweitel stärkere Unterstützung als im RBS erfolgen. Die dortige Strategie Die Werbekampagne des Sozialreferates kann nicht mit den vorhabgedeckt werden. Aufgrund der Erfahrungen der Kampagne des Unterstützung durch das Kundencenter Marketing, wird für das Entsprechend benötigt das Sozialreferat 1 VZÄ, befristet auf 3 Ja 100.000 € in 2025 und 2026. Pflichtig aufgrund: Um die gesetzlichen Aufgaben der sozialpädag Kinderschutz (SGB VIII), benötigt es Personal. Hier mangelt es sidringend notwendig ist, um Personal zu genieren und damit die gwerden 2024 aus dem Referatsbudget finanziert.	nderer Träger. Um die eren, soll eine gezielt. Ing des Personal- und werbewirksame Vide NV etc. auf die Beschen Portfolios des Kuhat seinerzeit 2 VZÄ andenen personeller Referates für Bildur rarbeiten und Begleit hre, und Sachmittel ingegischen Fachlichkerark (Fachkräftemang	e vielfältigen Aufgaber ite Werbekampagne all Organisationsreferate eos für die Bereiche zihäftigungsmöglichkeit indencenter Marketing agebunden. In Ressourcen des Per gund Sport, verbunden der Kampagne 1 Vin Höhe von 50.000 € i eiten zu erfüllen, insbegel), weshalb eine Wei	des Sozial- und halog der des es erarbeitet. Ziel ist u erstellen. Ferner en im Sozialreferat i kann von dort eine sonalmanagements en mit der ZÄ angesetzt. n 2024 und jeweils sondere den rbekampagne
2. Personelle Auswirkungen			
D	A1.4 II		BefrVerlängerung/

2. Personelle Auswirkungen						
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung			
befristet/Verlängerung Befristung	0	2	0			
dauerhaft	0	0	0			
davon Kompensation		0	0			
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	☑ nein	□ teilweise			

3. Finanzielle Auswirkungen						
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)	
konsumtiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€		
Auszahlungen	50.000€	240.000 €	240.000 €	0€		
Personal	0€	140.000€	140.000 €			
weitere kons. Auszahlungen	50.000€	100.000€	100.000€	0€		
investiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	

Referat:		SOZ-N003
Sozialreferat		
weitere betroffene Referate (Kürzel):	Federführung (Refera	atskürzel):
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung):		
40111000 Overhead		
1. Geplante Beschlussvorlage		
1.1 Arbeitstitel	☐ X öffentlich	□ nichtöffentlich
Ressourcenbedarf Einführung E-Akte		
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung)	☐ X pflichtig	□ freiwillig
Direkte Folgen haushaltswirksamer Beschlüsse des Stadtrats, sofern noch nicht in der V02060) Die Verpflichtung zum Aufbau und Nutzung der E-Akte ergibt sich zudem aus folgende A - Gesetz über die Digitalisierung im Freistaat Bayern (Bayerisches Digitalgesetz - Bavon Staat und Verwaltung (1) B - Regelungen allgemeingültiger Natur, wie die DSGVO (Löschen der Daten, Auskun elektronischen Rechtsverkehr (Aktenabgabe), ZPO, StPO etc. C - Ausführungsvorschriften des Freistaats Bayern: Der Freistaat hat Landratsämter a Akten bei Umzug von Bürger*innen nur elektronisch abzugeben. Der Ausdruck wurde D – Technische vom IT-Planungsrat gesetzte Standards. Da das Sozialreferat regelmä interagiert sind diese Standards einzuhalten. VZÄ werden 2024 aus dem Referatsbudg	en Normen: ayDiG), konkret aus Ar ftsrechte etc.), das Ge ngewiesen, die bereits untersagt. äßig mit anderen Behö	t. 5 - Digitalisierung esetz über den s E-Akten nutzen,

2. Personelle Auswirkungen						
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung			
befristet/Verlängerung Befristung	0,0	0,0	0,0			
dauerhaft	0,0	6,0	0,0			
davon Kompensation		0,0	0,0			
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	☐ X nein	☐ teilweise			

3. Finanzielle Auswirkungen							
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)		
konsumtiv							
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€			
Auszahlungen	0€	420.000€	420.000 €	420.000 €			
Personal	0€	420.000€	420.000€	420.000€			
weitere kons. Auszahlungen							
investiv							
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0 €		
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0 €		

gopianto 2000maoo tonago mit mianziono isporbo nono italiango il paol			
Referat:			SOZ-N004
Sozialreferat			
weitere betroffene Referate (Kürzel):	Federführ SOZ	ung (Refera	tskürzel):
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung): 40111000 Overhead			
1. Geplante Beschlussvorlage			
1.1 Arbeitstitel		X öffentlich	□ nichtöffentl
Entfristung Personalressource-GPAM			
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung)		X pflichtig	☐ freiwi
und Fortführung (14-20 / V 16354) Die LHM modernisiert im Zuge des Programms digital/4finance (d4f) sämtliche Finanz einen Zeitraum von vsl. mind. 5 Jahren. Außerdem haben sie die zukunftsweisende Al Finanzgeschäftsprozesse so zu gestalten, dass künftige fachliche und technische Anfwerden können. Die Umstellung auf die neue SAP-Produktgeneration S/4HANA hat gr Alle (Transfer-)Leistungen werden in komplexen mehrstufigen Geschäftsprozessen vor allein im Sozialreferat teils zentral, teils dezentral erbracht. Das lückenlose Ineinanderg ist zwingende Voraussetzung, dass die beantragten und zu gewährenden Leistungen leistungsberechtigten Bürger*innen, Institutionen und Trägern ankommen. Die Stelleni verantwortungsvollen Herausforderung, die derzeit etablierten Prozesse und Fachverfastadtweiten Projektvorgaben zu transformieren, ohne dass den Leistungsberechtigten Folgen (wie z.B. verzögerte Auszahlungen) erwachsen oder fehlerhafte/unterbleibende Schaden für die LHM erzeugen und Anforderungen der Revision verletzen. Zur Bewältigung dieser Aufgabe hat das Sozialreferat drei befristete Stellen erhalten. I entfristet werden. VZÄ werden 2024 aus dem Referatsbudget finanziert.	ufgabe, die orderunger ravierende on mehrere greifen der korrekt und inhaber*inr ahrensschi Nachteile e Forderun	e geänderter n darin integ Auswirkung en hundert M eng verzah d rechtzeitig nen stehen v nittstellen ge mit existenz gserhebung	n riert und umgesetz en auf alle Refera litarbeiter*innen nten Finanzprozes bei den vor der emäß den gefährdenden g wirtschaftlichen
	1		

2. Personelle Auswirkungen						
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung			
befristet/Verlängerung Befristung	0,0	0,0	0,0			
dauerhaft	0,0	0,0	3,0			
davon Kompensation		0,0	0,0			
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	☐ X nein	☐ teilweise			

3. Finanzielle Auswirkungen						
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)	
konsumtiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€		
Auszahlungen	0€	210.000€	210.000 €	210.000 €		
Personal	0€	210.000€	210.000€	210.000 €		
weitere kons. Auszahlungen						
investiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	

Referat:		SOZ-N005
Sozialreferat		
weitere betroffene Referate (Kürzel):	Federführung (Refera	atskürzel):
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung):		
40311900 Verwaltungsaufgaben der Sozialhilfe		
1. Geplante Beschlussvorlage		
1.1 Arbeitstitel	☑ öffentlich	☐ nichtöffentlich
Entfristung der befristeten Personalzuschaltung der städtischen Schuldner- und Insolv Insolvenzberatungsstellen der Wohlfahrtsverbände	onzaoratungen sowie	doi obildidiloi- dild
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung)	☑ pflichtig	☐ freiwillig
Direkte Folgen haushaltswirksamer Beschlüsse des Stadtrats, sofern noch nicht in der Fortbestand von laufenden Projekten / Mehrbedarf durch Kostensteigerung, Entfristun Die Schuldner- und Insolvenzberatung leistet ver- und überschuldeten Bürger*innen U Überwindung ihrer wirtschaftlichen, monetären und sozialen Multiproblemlagen. Nebel Insolvenzberatungsstelle bieten auch von der Stadt geförderte Beratungsstellen der W Beratungsangebote an [Arbeiterwohlfahrt Kreisverband München Stadt e. V. (AWO)/D Kreisverband München (DGB), BRK, Evangelisches Hilfswerk, H-Team/Paritätischer, Strafentlassenenhilfe/Katholischer Männerfürsorgeverein]. Alle hier genannten Beratur Facharbeitskreis Schuldnerberatung. Die Folgen der Corona-Pandemie sowie der Ukr stellen besondere Anforderungen an die Schuldner- und Insolvenzberatungen. Besond Einkommensklassen, zunehmend aber auch der Mittelstand. Als Reaktion auf den dur Mehrbedarf an Schuldnerberatung hat die Vollversammlung des Stadtrates vom 16.12 01691) die Zuschaltung von insgesamt 3,0 VZÄ für Beratungsfachkräfte bei den Schul VZÄ) und der Münchner Wohlfahrtsverbände (2 VZÄ) mit einer Befristung von zwei (LI Besetzung beschlossen. Die durch die Corona-Pandemie verstärkte Nachfrage nach Smassiven Inflation und der galoppierenden Steigerungen bei den Energiepreisen weite Prognosen aus Fachkreisen zufolge weiterhin anhalten bzw. sich noch zusätzlich vers Entfristung der o. g. drei VZÄ für Fachberatungskräfte erforderlich. An die Wohlfahrtsv Personalkosten- und Sachmittelzuschuss mit ZVK i.H.v. 184.083 Euro/Jahr bereitgests SGB XII,InsO §§286-311 InsO. VZÄ und Sachmittel werden 2024 aus dem Referatsbu	g (20-26 / V 01691) nterstützung bei der B n der städtischen Schu ohlfahrtsverbände ent eutscher Gewerkscha Münchner Zentralstelle ngsstellen wirken zusa aine-Krieg und die allg ders hart betroffen sind ch die Corona-Pander 2020 (Sitzungsvorlag dnerberatungsstellen HM) bzw. drei Jahren Schuldnerberatung ist erhin ungebrochen und tärken. Aus diesem Gi erbände sollen ab 202 ellt werden. §16a SGB	sewältigung und uldner- und tsprechende iftsbund e für immen im gemeine Teuerung - d die unteren mie ausgelösten ie Nr. 20-26 / V im Sozialreferat (1 (Verbände) ab angesichts der d wird allen rund ist die 24 Mittel für

2. Personelle Auswirkungen					
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung		
befristet/Verlängerung Befristung	0,0	0,0	0,0		
dauerhaft	16,1	1,0	0,0		
davon Kompensation		0,0	0,0		
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	☑ nein	☐ teilweise		

3. Finanzielle Auswirkungen					
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)
konsumtiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	0€	254.083 €	254.083 €	254.083 €	
Personal	0€	70.000€	70.000€	70.000€	
weitere kons. Auszahlungen	0€	184.083 €	184.083 €	184.083 €	
investiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0 €

weitere betroffene Referate (Kürzel): Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung): 40363500 Adoptionen Beistandschaften Amtspfl. 1. Geplante Beschlussvorlage 1.1 Arbeitstitel Umsetzung §§ 55,58 a Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII); Personalausstattung wegen Fallzet (Kurzbeschreibung) Gesetzliche Aufgaben, bei denen die Steigerung der Fallzahlen nicht durch Effektivitätssteigkönnen. Durch Führung der Auslandsunterhaltsverfahren erfüllt das Stadtjugendamt seinen gesetzli und §§ 1712 ff. BGB, auch Kindern, deren unterhaltspflichtiger Elternteil im Ausland lebt un Unterhaltszahlungen leistet, zu ihrem Recht zu verhelfen und zur Sicherung ihres Lebensbe Es werden 1,8 VZÄ benötigt. Pflichtig aufgrund: §§ 52a ff. SGB VIII und §§ 1712 ff. BGB		
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung): 40363500 Adoptionen Beistandschaften Amtspfl. 1. Geplante Beschlussvorlage 1.1 Arbeitstitel Umsetzung §§ 55,58 a Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII); Personalausstattung wegen Fallza 1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung) Gesetzliche Aufgaben, bei denen die Steigerung der Fallzahlen nicht durch Effektivitätssteigkönnen. Durch Führung der Auslandsunterhaltsverfahren erfüllt das Stadtjugendamt seinen gesetzli und §§ 1712 ff. BGB, auch Kindern, deren unterhaltspflichtiger Elternteil im Ausland lebt un Unterhaltszahlungen leistet, zu ihrem Recht zu verhelfen und zur Sicherung ihres Lebensbe Es werden 1,8 VZÄ benötigt. Pflichtig aufgrund: §§ 52a ff. SGB VIII und §§ 1712 ff. BGB		SOZ-N006
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung): 40363500 Adoptionen Beistandschaften Amtspfl. 1. Geplante Beschlussvorlage 1.1 Arbeitstitel Umsetzung §§ 55,58 a Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII); Personalausstattung wegen Fallza 1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung) Gesetzliche Aufgaben, bei denen die Steigerung der Fallzahlen nicht durch Effektivitätssteigkönnen. Durch Führung der Auslandsunterhaltsverfahren erfüllt das Stadtjugendamt seinen gesetzli und §§ 1712 ff. BGB, auch Kindern, deren unterhaltspflichtiger Elternteil im Ausland lebt un Unterhaltszahlungen leistet, zu ihrem Recht zu verhelfen und zur Sicherung ihres Lebensbe Es werden 1,8 VZÄ benötigt. Pflichtig aufgrund: §§ 52a ff. SGB VIII und §§ 1712 ff. BGB		
1.1 Arbeitstitel Umsetzung §§ 55,58 a Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII); Personalausstattung wegen Fallza 1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung) Gesetzliche Aufgaben, bei denen die Steigerung der Fallzahlen nicht durch Effektivitätssteigkönnen. Durch Führung der Auslandsunterhaltsverfahren erfüllt das Stadtjugendamt seinen gesetzli und §§ 1712 ff. BGB, auch Kindern, deren unterhaltspflichtiger Elternteil im Ausland lebt un Unterhaltszahlungen leistet, zu ihrem Recht zu verhelfen und zur Sicherung ihres Lebensbe Es werden 1,8 VZÄ benötigt. Pflichtig aufgrund: §§ 52a ff. SGB VIII und §§ 1712 ff. BGB	ederführung (Referatsl OZ	kürzel):
1. Geplante Beschlussvorlage 1.1 Arbeitstitel Umsetzung §§ 55,58 a Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII); Personalausstattung wegen Fallza 1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung) Gesetzliche Aufgaben, bei denen die Steigerung der Fallzahlen nicht durch Effektivitätssteigkönnen. Durch Führung der Auslandsunterhaltsverfahren erfüllt das Stadtjugendamt seinen gesetzli und §§ 1712 ff. BGB, auch Kindern, deren unterhaltspflichtiger Elternteil im Ausland lebt un Unterhaltszahlungen leistet, zu ihrem Recht zu verhelfen und zur Sicherung ihres Lebensbe Es werden 1,8 VZÄ benötigt. Pflichtig aufgrund: §§ 52a ff. SGB VIII und §§ 1712 ff. BGB		
Umsetzung §§ 55,58 a Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII); Personalausstattung wegen Fallza 1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung) Gesetzliche Aufgaben, bei denen die Steigerung der Fallzahlen nicht durch Effektivitätssteig können. Durch Führung der Auslandsunterhaltsverfahren erfüllt das Stadtjugendamt seinen gesetzli und §§ 1712 ff. BGB, auch Kindern, deren unterhaltspflichtiger Elternteil im Ausland lebt un Unterhaltszahlungen leistet, zu ihrem Recht zu verhelfen und zur Sicherung ihres Lebensbe Es werden 1,8 VZÄ benötigt. Pflichtig aufgrund: §§ 52a ff. SGB VIII und §§ 1712 ff. BGB		
Umsetzung §§ 55,58 a Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII); Personalausstattung wegen Fallza 1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung) Gesetzliche Aufgaben, bei denen die Steigerung der Fallzahlen nicht durch Effektivitätssteig können. Durch Führung der Auslandsunterhaltsverfahren erfüllt das Stadtjugendamt seinen gesetzli und §§ 1712 ff. BGB, auch Kindern, deren unterhaltspflichtiger Elternteil im Ausland lebt un Unterhaltszahlungen leistet, zu ihrem Recht zu verhelfen und zur Sicherung ihres Lebensbe Es werden 1,8 VZÄ benötigt. Pflichtig aufgrund: §§ 52a ff. SGB VIII und §§ 1712 ff. BGB		
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung) Gesetzliche Aufgaben, bei denen die Steigerung der Fallzahlen nicht durch Effektivitätssteig können. Durch Führung der Auslandsunterhaltsverfahren erfüllt das Stadtjugendamt seinen gesetzli und §§ 1712 ff. BGB, auch Kindern, deren unterhaltspflichtiger Elternteil im Ausland lebt un Unterhaltszahlungen leistet, zu ihrem Recht zu verhelfen und zur Sicherung ihres Lebensbe Es werden 1,8 VZÄ benötigt.	I	nichtöffentlich
Gesetzliche Aufgaben, bei denen die Steigerung der Fallzahlen nicht durch Effektivitätssteig können. Durch Führung der Auslandsunterhaltsverfahren erfüllt das Stadtjugendamt seinen gesetzli und §§ 1712 ff. BGB, auch Kindern, deren unterhaltspflichtiger Elternteil im Ausland lebt un Unterhaltszahlungen leistet, zu ihrem Recht zu verhelfen und zur Sicherung ihres Lebensbe Es werden 1,8 VZÄ benötigt. Pflichtig aufgrund: §§ 52a ff. SGB VIII und §§ 1712 ff. BGB		Le cons
können. Durch Führung der Auslandsunterhaltsverfahren erfüllt das Stadtjugendamt seinen gesetzli und §§ 1712 ff. BGB, auch Kindern, deren unterhaltspflichtiger Elternteil im Ausland lebt un Unterhaltszahlungen leistet, zu ihrem Recht zu verhelfen und zur Sicherung ihres Lebensbe Es werden 1,8 VZÄ benötigt. Pflichtig aufgrund: §§ 52a ff. SGB VIII und §§ 1712 ff. BGB		freiwillig
	und keine oder zu geri	inge

2. Personelle Auswirkungen			
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung
befristet/Verlängerung Befristung	0,0	0,0	0,0
dauerhaft	2,0	1,8	0,0
davon Kompensation		0,0	0,0
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	☑ nein	☐ teilweise

3. Finanzielle Auswirkungen					
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)
konsumtiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	0€	126.000 €	126.000 €	126.000 €	
Personal	0€	126.000€	126.000 €	126.000 €	
weitere kons. Auszahlungen					
investiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0€

<u> </u>	• •		
Referat:			SOZ-N007
Sozialreferat			
weitere betroffene Referate (Kürzel):	erate (Kürzel): Federführung (Refera		
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung): 40363400 Hilfe f.junge Vollj./Inobhutn. SGB VIII, 40363300 Hilfe	zur Erziehung, 40363	600 Eingliedhi. f.seel	l. beh.Ki.u.Jugendl.
1. Geplante Beschlussvorlage			
1.1 Arbeitstitel		☑ öffentlich	☐ nichtöffentlich
Vertragsmanagement im Entgeltbereich 1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung)		☑ pflichtig	☐ freiwillig
Gesetzliche Aufgaben, bei denen die Steigerung der Fallzahlen r können Das Stadtjugendamt steht gesetzlich in der Verantwortung als Tr und gleichzeitig als Träger der öffentlichen Verwaltung mit Steue Bürger*innen auf Leistungen der Hilfen zur Erziehung ist in Zusa umzusetzen, wobei die freien Träger aufgrund gesetzlicher Vorgu Um dieses Spannungsfeld sachgerecht und in einem, im SGB V Jugendhilfe gestalten zu können, ist ein standardisiertes einheitli Entgeltvereinbarungen zu entwickeln. In der Umsetzung ist ein Ü Leistungs- als auch hinsichtlich der vereinbarten Entgeltgrundlag verwaltungsseitigen Ressourcen ist keine kosteneffiziente Steue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) stärken die Rechte Personalbesetzung. Das Jugendamt wird in solche Verfahren mi Referatsbudget finanziert.	äger des normierten \ rmitteln sparsam umz mmenarbeit mit den T aben den Grundsätzer III normierten Miteinar ches Vorgehen hinsic berprüfen der vereinb en erforderlich. Ohne rung möglich. Das So der Heimaufsicht hins	Wächteramts, den Kin rugehen. Der Rechtsal rägern der freien Kind n der freien Marktwirts nder mit den Trägern o htlich des Abschlusse parten Standards sowo die hierfür erforderlich zialgesetzbuch (SGB) sichtlich der Überprüfu	derschutz zu wahren nspruch der der- und Jugendhilfe schaft unterliegen. der freien Kinder- und s von Leistungs- und ohl hinsichtlich der hen VIII sowie das ng der
2. Personelle Auswirkungen			
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung
L 6: 1 (A/ -1)		1!	1

2. Personelle Auswirkungen					
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung		
befristet/Verlängerung Befristung	0,0	0,0	0,0		
dauerhaft	3,0	3,0	0,0		
davon Kompensation		0,0	0,0		
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	☑ nein	☐ teilweise		

3. Finanzielle Auswirkungen					
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)
konsumtiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	0€	210.000€	210.000€	210.000 €	
Personal	0€	210.000€	210.000 €	210.000 €	
weitere kons. Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	
investiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0€

Referat:		SOZ-N008
Sozialreferat		
weitere betroffene Referate (Kürzel):	Federführung (Refera	atskürzel):
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung): 40363600 Eingliedhi. f.seel. beh.Ki.u.Jugendl.; 40363300 Hilfe zur Erziehung		
1. Geplante Beschlussvorlage		
1.1 Arbeitstitel	☑ öffentlich	☐ nichtöffentlich
Gesetzliche Mitwirkungspflicht beim Verfahren zur Betriebserlaubnis für Einrichtungen SGB XII) sowie Gewährleistung des Kinderschutzes für Kinder, Jugendliche und junge		
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung)	☑ pflichtig	☐ freiwillig
Gesetzliche Aufgaben, bei denen die Steigerung der Fallzahlen nicht durch Effektivität können Die Mitwirkungspflicht umfasst die ausführliche Prüfung des vorliegenden Konzeptes, omit der dafür benötigten Personalbemessung sowie der qualitativen Arbeitsweise der Konzeption und der Leistungsbeschreibung muss vom Stadtjugendamt insbesondere zur Sicherung des Kindesschutzes und des Kindeswohls geachtet werden. Weiterhin i Angebote zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen altersgerer Außerdem wird das Stadtjugendamt im Rahmen der Beschwerdebearbeitung von der einbezogen. Eine enge Kooperation mit der Heimaufsicht ist hierbei notwendig. Es handelt sich um 23 teilstationäre und 11 stationäre Einrichtungen mit ca. 1554 Plätz Kapazitäten der Fachsteuerung für teilstationäre und stationäre Erziehungshilfen sind of Mitwirkungspflicht des Jugendamtes dauerhaft gewährleisten zu können. Es ist eine Zuschaltung von insgesamt 7,0 VZÄ Fachsteuerung (S17) und 0,5 VZÄ Tebedarfsgerecht auf die Fachsteuerung der teilstationären und stationären Erziehungsh Kinderschutz (1 VZÄ) aufgeteilt werden. Zudem ist eine Aufstockung des Fortbildungsbudgets um 10.000 € jährlich nötig, um d für die Fachkräfte in der Fachsteuerung als auch im operativen Bereich durchführen zu differenzierte Fachwissen und die neue Gesetzeslage sichergestellt. Dieser Bedarf wu aufgrund der Dringlichkeit erneut vorgelegt. VZÄ und Sachmittel werden 2024 aus den	der Leistungsbeschrei Einrichtung. Im pädagd auf das Vorhandensei st zu prüfen, inwiefern cht und behinderungssörtlich zuständigen Hezen (Stand Dezember daher bedarfsgerecht amassistenz (E6) erfo ilfen (6 VZÄ, S17) sow ile benötigten Qualifizien können. Hierdurch wirde bereits 2022 ange	ibung einhergehend ogischen Teil der in von Maßnahmen in die beschriebenen adäquat sind. eimaufsicht mit 2022). Die anzupassen, um die urderlich, die wie Fachsteuerung erungsmaßnahmen werden das emeldet und nun

2. Personelle Auswirkungen					
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung		
befristet/Verlängerung Befristung	0,0		0,0		
dauerhaft	0,0	2,0	0,0		
davon Kompensation		0,0	0,0		
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	☑ nein	☐ teilweise		

3. Finanzielle Auswirkungen						
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)	
konsumtiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€		
Auszahlungen	0€	150.000€	150.000 €	150.000 €		
Personal	0€	140.000€	140.000 €	140.000 €		
weitere kons. Auszahlungen	0€	10.000€	10.000€	10.000€		
investiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0 €	

Referat:		SOZ-N009
Sozialreferat		
weitere betroffene Referate (Kürzel):	Federführung (Refer	atskürzel):
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung):	-	
40363500 Adoptionen Beistandschaften Amtspfl.		
1. Geplante Beschlussvorlage		
1.1 Arbeitstitel	☑ öffentlich	☐ nichtöffentlich
Der gestiegenen Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen entgegentreten - Ausbau de		
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung) Gesetzliche Aufgaben, bei denen die Steigerung der Fallzahlen nicht durch Effektivit	☑ pflichtig	☐ freiwillig
können Die Jugendgerichtshilfe des Stadtjugendamtes hat gemäß § 52 SGB VIII die gesetzl straffällig gewordene junge Menschen Leistungen der Jugendhilfe in Betracht komm Jugendgerichtsgesetz gem. § 38 JGG mitzuwirken. Die Mitarbeiter*innen der Jugen- betreuen straffällig gewordene Jugendliche und Heranwachsende sowie deren Fam oder Strafverfahren. VZÄ werden 2024 aus dem Referatsbudget finanziert.	en sowie im Verfahren dgerichtshilfe (JGH) ber	nach dem aten, begleiten und

2. Personelle Auswirkungen						
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung			
befristet/Verlängerung Befristung	0,0	0,0	0,0			
dauerhaft	28,0	3,5	0,0			
davon Kompensation		0,0	0,0			
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	☑ nein	☐ teilweise			

3. Finanzielle Auswirkungen						
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)	
konsumtiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€		
Auszahlungen	0€	245.000 €	245.000 €	245.000 €		
Personal	0€	245.000 €	245.000 €	245.000 €		
weitere kons. Auszahlungen						
investiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	

Referat:			SOZ-N010
Sozialreferat			
weitere betroffene Referate (Kürzel):		Federführung (Refera	atskürzel):
		soz	
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung):			
40363500 Adoptionen Beistandschaften Amtspfl.			
1. Geplante Beschlussvorlage			
1.1 Arbeitstitel		☑ öffentlich	□ nichtöffentlich
Änderung des Adoptionshilfegesetzes zum 01.04.2021 - zusä	tzlicher Personalbedarf	- onemici	- Illentonentilen
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung)		☑ pflichtig	☐ freiwillig
Gesetzliche Aufgaben, bei denen die Steigerung der Fallzahle können	n nicht durch Effektivität	ssteigerungen aufgefa	angen werden
Aufgabenmehrung durch das Inkrafttreten des Gesetzes zur \ (Adoptionshilfegesetzes) zum 01.04.2021 - In einer durchgefü von zusätzlichen 1,3 VZÄ festgestellt. Rechtsanspruch auf Üb und Besprechungspflicht der Adoptionsvermittlungsstelle zu n bzw. an das adoptierte Kind, Anspruch auf Adoptionsbegleitur Adoptionsvermittlung. Aufgrund der Personalbedarfsermittlung Beschluss Nr. 20-26 / V 07321 wurde 1 VZÄ zugeschalten un Auswertung der aktuellen Personalbedarfsbemessung vom M angezeigt. VZÄ werden 2024 aus dem Referatsbudget finanzi	hrten Personalbedarfsei erprüfung der Adoptions achadoptiven Kontakten ig, verpflichtende Beratu g werden zusätzliche Pe d eine Personalbedarfse ärz 2023 ist ein weiterer	mittlung wurde der tat eignung von Bewerbe oder Weitergabe von ing bei Stiefkindadopti rsonalressourcen erfor rmittlung angekündigt.	sächliche Bedarf r*innen, Beratungs- Informationen über onen, internationale rderlich.Im . Aufgrund der
2. Personelle Auswirkungen			
2. Fersonelle Auswirkungen			Refr -Verlängerung/

2. Personelle Auswirkungen						
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung			
befristet/Verlängerung Befristung	0,0	0,0	0,0			
dauerhaft	5,0	1,5	0,0			
davon Kompensation		0,0	0,0			
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	☑ nein	☐ teilweise			

3. Finanzielle Auswirkungen						
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)	
konsumtiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€		
Auszahlungen	0€	105.000€	105.000 €	105.000 €		
Personal	0€	105.000€	105.000 €	105.000 €		
weitere kons. Auszahlungen	0€	0€	0€	0€		
investiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	

geplante Beschlussvorlage mit finanziellen/personellen Ausweitungen, Basi	sintormationen	
Referat:		SOZ-N011
Sozialreferat		
weitere betroffene Referate (Kürzel):	Federführung (Refera	atskürzel):
	soz	
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung):		
40314100 Bezirkssozialarbeit (BSA), 40315400 Soziale Einrichtungen für Wohnungslo Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, 40362100 Kommunale Jugendarbeit n. § 1 ⁻ angelegenh. Jugendamt		
1. Geplante Beschlussvorlage		
1.1 Arbeitstitel	☑ öffentlich	☐ nichtöffentlich
Umsetzung Kinder- und Jugendstärkungsgesetz_ Novellierung SGB VIII- Stufenplan T	eil 2	
		<u></u>
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung)	☑ pflichtig	☐ freiwillig
Gesetzliche Aufgaben, bei denen die Steigerung der Fallzahlen nicht durch Effektivität können. (20-26 / V 07518) Zur Umsetzung der ersten Stufe des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) w Notwendigkeit zu den haushalterischen Rahmenvorgaben mit Beschluss des Kinder- weitere ab 2024) vorgeschlagen und final mit Änderungsantrag zunächst ab 2023 ach beschlossen. Zugeschaltung bisher: Stellen für die Planung und Schaffung der fachlichen Vorgaben erforderliche Stellen in den operativen Bereichen Pflege sowie junge Erwachsene. Die	urden in Abwägung d und Jugendhilfeaussc t VZÄ von der Vollvers im Jugendamt sowie neuen Aufgaben kön	er fachlichen husses 20 VZÄ (und sammlung dringendst nen mit den
zugeschalteten VZÄ nicht gesetzeskonform bewältigt werden; § 10a SGB VIII: Beratur Jugendhilfe für alle Adressat*innen der Kinder- und Jugendhilfe zu Leistungen der KJł anderen Leistungssystemen (operativ 3,64 VZÄ); § 36 Abs. 2 bis 5 SGB VIII: Hilfeplan (Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte an Hilfeplan, zusammen mit jungen Mensche nichtsorgeberechtigten Elternteilen; Schutz von Geschwisterbeziehungen: Prüfung gel Aufrechterhaltung des Kontakts sowie intensive Beteiligung schulischer Fachkräfte (op Verpflichtungsgrad der Hilfe für junge Volljährige, Coming back Option (operativ 6,04 Verpflichtungsgrad der Hilfe für junge Volljährige nach Beendigung der Hilfen – aktiv n VZÄ), Operativ gesamt: 20,43> 20 VZÄ, Steuerung gesamt: 2 VZÄ Jugendhilfeplanung 0,5 VZÄ -> planerischen Entwicklung eines inklusiven Angebots a Angebote, 0,5 VZÄ -> flächendeckender Ausbau inklusiver präventiver und offener Hil der Rahmenkonzepte "Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)/ Abstimmung der Angebot Trägerauswahl) JaS und Hilfen zur Erziehung im schulischen Ganztag; Pflichtig: SBG	I und Orientierung an und Hilfeplanüberprün, Personensorgebere meinsamer Unterbring perativ 6,98 VZÄ); § 4/ZÄ); § 41a SGB VIII: achgehende Unterstün Jugendhilfeleistungefen sowie 1 VZÄ -> in te (u.a. Konzeption, F	den Schnittstellen zu ifung echtigten sowie gung oder 1 SGB VIII: Erhöhung Erhöhung itzung (operativ 3,77 en klusive Ausrichtung inanzierung,
Referatsbudget finanziert. VZÄ werden 2024 aus dem Referatsbudget finanziert.		

2. Personelle Auswirkungen						
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung			
befristet/Verlängerung Befristung	0	0	0			
dauerhaft	0	5	0			
davon Kompensation		0	0			
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	☑ nein	☐ teilweise			

3. Finanzielle Auswirkungen						
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)	
konsumtiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€		
Auszahlungen	0€	350.000€	350.000 €	350.000 €		
Personal	0€	350.000€	350.000 €	350.000 €		
weitere kons. Auszahlungen	0€	0€	0€	0€		
investiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	0€	0€	0€	0 €	0 €	

	SOZ-N012	
Federführung (Referatskürzel):		
002		
☑ öffentlich	☐ nichtöffentlich	
t in den Sozialbürgerh	äusern und dem Amt	
□ pflichtig	☑ freiwillig	
Profession in drei Dien S-III-WP/OP), der Ve fähig und damit verbu zum Gesundheitsschu	sten - BSA 0-59, rmittlungsstelle nden in fachlichen utz vorgestellt.	
	SOZ ☑ öffentlich t in den Sozialbürgerh	

2. Personelle Auswirkungen						
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung			
befristet/Verlängerung Befristung	0,0	0,0	0,0			
dauerhaft	0,0	12,0	0,0			
davon Kompensation		0,0	0,0			
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	☑ nein	☐ teilweise			

3. Finanzielle Auswirkungen						
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)	
konsumtiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€		
Auszahlungen	0€	840.000€	840.000 €	840.000 €		
Personal	0€	840.000€	840.000 €	840.000 €		
weitere kons. Auszahlungen	0€	0€	0€	0€		
investiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	

доришно <u>— — — — — — — — — — — — — — — — — — —</u>			
Referat:			SOZ-N013
Sozialreferat			
weitere betroffene Referate (Kürzel):		Federführung (Refera	atskürzel):
		SOZ	
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung):			
40363100 Jugendsozarb. Erzieh. Kiu.Jugendsch.			
1. Geplante Beschlussvorlage			
1.1 Arbeitstitel		☑ öffentlich	☐ nichtöffentlich
Jugendhilfe an Schulen			
		<u> </u>	
Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung) Fortbestand von laufenden Projekten / Mehrbedarf durch Kosten		☐ pflichtig	
im Modellprojektstatus und wurden im Schuljahr 2021/2022 zu R dem Referatsbudget finanziert.	egelangeboten. Sach	mittel I. H. V. 235:888	€ werden 2024 aus
2. Personelle Auswirkungen			
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung

2. Personelle Auswirkungen				
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbeda	arf	BefrVerlängerung/ Entfristung
befristet/Verlängerung Befristung		0	0	0
dauerhaft		0	0	0
davon Kompensation			0	0
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	☑ nein		☐ teilweise

3. Finanzielle Auswirkungen						
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)	
konsumtiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€		
Auszahlungen	0€	235.888 €	235.888 €	235.888 €		
Personal	0€	0€	0€	0€		
weitere kons. Auszahlungen	0€	235.888 €	235.888 €	235.888 €		
investiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	

Referat:		SOZ-N014
Sozialreferat	,	
weitere betroffene Referate (Kürzel):	Federführung (Refera	tskürzel):
	SOZ	
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung):		
40352100 Wohngeld		
1. Geplante Beschlussvorlage		
1.1 Arbeitstitel Zuschaltung von Stellen für die Wohngeldsachbearbeitung aufgrund der Wohngeldnov		☐ nichtöffentlich
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung) Wohngeld dient der wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten	□ X pflichtig	
Berücksichtigung des Einkommens, der Haushaltsgröße und der Höhe der Miete/Belas Wohngeld können Mieter*innen sowie Eigentümer*innen im selbst genutzten Wohneig Bund erlassene Wohngeldgesetz WoGG. Gerade in einer Stadt mit den höchsten Miet und Auszahlung von Wohngeld existenziell für die Antragsteller*innen, da ansonsten Wohnt. Durch die Einführung des Wohngeld-Plus-Gesetzes zum 01.01.2023 wird der Kreis de Der Stadtrat hat bereits am 21.12.2022 einer Stellenmehrung von 27 VZÄ in der Wohn 01.01.2023 und 15 VZÄ in der Geschäftsleitung Servicetelefon zugestimmt (Stadtratsv Antragsmehrung in angemessener Zeit bearbeiten zu können, müssen weitere Stellen der Wohngeldstelle zugeschalten werden. Das Sozialreferat wurde beauftragt ein Informations- und Unterstützungskonzept für Bit Konzeptes ist die Einiführung eines zentralen Beratungsdienstes in der Werhinherstr. & Wohngeld-Plus" wurde entwickelt und mit dem Personal- und Organisationsreferat (PC Hierfür benötigt der Fachbereich Wohngeld zusätzlich 5 VZÄ Beratungsstellen in vorau voraussichtlich in EGr. 9A TVöD für eine Gruppenleitung, um den Beratungsdienst gew Konzept wurde mit der SitzungsvorlageNr. 20-26 / V 09136 am 22.03.2023 in der VV a für die weiteren Jahre zu Verfügung stellen zu können werden die hierfür benötigten St hinaus beantragt. Die Finanzierung zum Start in 2023 erfolgt über eine Kompensation in 2024 aus dem Referatsbudget finanziert.	stung - wird Wohngeldentum erhalten. Grunden Deutschlands ist ei Johnungsverlust und Ver Berechtigten verdreit geldsachbearbeitung orlage Nr. 20-26 / V 0 in den verschiedenen ürger*innen zu entwick 37. Das Konzept für de DR-5/3 SC consult.in. Nassichtlich EGr. 7 und vährleisten zu können bgestimmt. Um den Bellen für die Jahre 202	l ausgezahlt. dlage ist das vom ine schnelle Prüfung Wohnungslosigkeit facht. mit Wirkung zum 7959). Um die Arbeitsbereichen keln. Ein Teil dieses en "Beratungsdienst I) abgestimmt. 1 VZÄ . Über dieses eratungsdienst auch 24 und darüber

2. Personelle Auswirkungen			
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung
befristet/Verlängerung Befristung	0,0	0,0	0,0
dauerhaft	85,3	20,0	0,0
davon Kompensation		0,0	0,0
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	□ nein	☐ X teilweise

3. Finanzielle Auswirkungen						
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)	
konsumtiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€		
Auszahlungen	0€	1.400.000 €	1.400.000 €	1.400.000 €		
Personal	0€	1.400.000€	1.400.000€	1.400.000€		
weitere kons. Auszahlungen	0€	0€	0€	0€		
investiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0 €	

3 -p 3 - p		
Referat:		SOZ-N015
Sozialreferat		
weitere betroffene Referate (Kürzel):	Federführung (Refera	tskürzel):
0	SOZ	
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung):		
40315400 Soziale Einrichtungen für Wohnungslose		
1. Geplante Beschlussvorlage		
<u> </u>	☐ X öffentlich	☐ nichtöffentlich
Projekt Krankenwohnung für wohnungs-/bzw. obdachlose Menschen - Entfristung und a	L Zuschusserhöhung	
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung)	□ pflichtig	☐ X freiwillig
25.11.2021 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 04405) wurde die Bezuschussung der Miet-Kath. Männerfürsorgeverein München e. V. i. H. v. 48.000 € / jährlich, befristet für die Je Projekt erhält eine dreijährige Anstoßfinanzierung durch die Antoniusstiftung des Erzbis bis 12/2023) und soll nun dauerhaft fortgeführt werden. Zur Sicherung der dauerhaften werden Zuschussmittel i. H. v. insgesamt 155.000 € ab 2024 benötigt (Mehrbedarf i. H. Einbringen von Eigenmittel und sonstigen Zuwendungen weitere entstehende Kosten i. v. 107.000 € werden 2024 aus dem Referatsbudget finanziert.	ahre 2022 und 2023, schöflichen Ordinariat Finanzierung der Kra .v. 107.000 €). Der Tr	beschlossen. Das s (Laufzeit 03/2020 nkenwohnung äger finanziert durch
2. Personelle Auswirkungen		

2. Personelle Auswirkungen			
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung
befristet/Verlängerung Befristung	0,0	0,0	0,0
dauerhaft	0,0	0,0	0,0
davon Kompensation		0,0	0,0
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	□ nein	☐ teilweise

3. Finanzielle Auswirkungen						
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)	
konsumtiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€		
Auszahlungen	0€	107.000€	107.000 €	107.000 €		
Personal	0€	0€	0€	0€		
weitere kons. Auszahlungen	0€	107.000€	107.000 €	107.000 €		
investiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	

Referat:		SOZ-N016
Sozialreferat		
weitere betroffene Referate (Kürzel):	Federführung (Refera	ntskürzel):
0	SOZ	
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung):		
40522300 Vermittlung in dauerhaftes Wohnen		
1. Geplante Beschlussvorlage		
1.1 Arbeitstitel	☐ X öffentlich	□ nichtöffentlich
Reduzierung der Bearbeitungszeiten im Bereich der Einkommensorientierten Zusatzfö	_	
3	3(-)	
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung)	☐ X pflichtig	☐ freiwillig
Gesetzliche Aufgaben, bei denen die Steigerung der Fallzahlen nicht durch Effektivität können Gesetzlich vorgesehene Leistungen nach Artikel 25 der Wohnraumförderungsbestimm Haushalte ausgezahlt werden, um die Mietzahlungen und damit den Verbleib im Wohr Wohnungen in München (Stand 09/2022) ist die Einkommensorientierte Förderung (Ei Wohnungsbau. Sobald ein Haushalt eine mit EOF-Mitteln geförderte Wohnung bezoge Einkommensorientierte Zusatzförderung (EOZF) gestellt werden. Abhängig von der Höberechnet sich der monatliche Mietzuschuss (EOZF). Der Bewilligungszeitraum wurde (WFB) 2022 von 36 auf 24 Monate verkürzt. Nach Ablauf des Bewilligungsbescheides Antrag stellen. Dies führt effektiv zu einer Fallzahlsteigerung. Zusätzlich steigen die Fallzahlen aufgrund von steigenden Fertigstellungszahlen von E Wohnungen/Jahr). Jährlich gehen rund 4.600 Anträge auf EOZF ein. Im November 20 unbearbeitete Anträge) 1.665 Anträge. Dies bedeutet, dass die Antragstellenden 6 Mo warten müssen. Die lange Bearbeitungsdauer der Anträge kann für viele Bürger*innen die fehlenden Geldleistungen zu wirtschaftlichen Notlagen bis hin zum Wohnungsverlu Dafür benötigt der Fachbereich 2 VZÄ Sachbearbeitung in A9/E9a (Bedarf der bereits Beschluss Sitzungsvorlage 20-26 / V 07348 erfasst war), 1 VZÄ Sondersachbearbeitu in A11/E10 (aufgrund der gestiegenen Führungsspanne) BayWoBindG i.V.m. Art. 4 bis 7 sowie Art. 14 Abs. 2 und 3 Bayerisches Wohnungsför BayWoBindG. VZÄ werden 2024 aus dem Referatsbudget finanziert.	nungen (WFB) 2022, daraum sicherzustellen. OF) die Hauptförderaren hat, kann ein Antragöhe des Einkommens mit den Wohnraumfömüssen die Haushalte COF-Wohnungen stetig 22 betrug der Bearbeitu einschneidende Konsist führen kann. für 2023 festgestellt wing in A10/E9c und 1 Vergen wirden sicher von die Regen von d	die an bedürftige Mit 12.145 EOF- t im sozialen g auf des Haushalts rderbestimmungen e einen neuen g an. (1.000 EOF- tungsrückstand (= ng ihres Antrags sequenzen haben, da rurde, aber nicht vom /ZÄ Gruppenleitung

2. Personelle Auswirkungen				
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Ak	tuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung
befristet/Verlängerung Befristung		0,0	0,0	0,0
dauerhaft		11,0	2,0	0,0
davon Kompensation			0,0	0,0
Zusätzlicher Büroraumbedarf		ja	☐ X nein	□ teilweise

3. Finanzielle Auswirkungen						
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)	
konsumtiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€		
Auszahlungen	0€	140.000€	140.000 €	140.000 €		
Personal	0€	140.000€	140.000 €	140.000 €		
weitere kons. Auszahlungen	0€	0€	0€	0€		
investiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	0€	0€	0€	0 €	0 €	

Referat: Sozialreferat weitere betroffene Referate (Kürzel): Federführung (Refe	SOZ-N017
weitere betroffene Referate (Kürzel): Federführung (Refe	
	ratskürzel):
0 SOZ	
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung):	
40315400 Soziale Einrichtungen für Wohnungslose	
1. Geplante Beschlussvorlage	<u> </u>
1.1 Arbeitstitel	h ☐ nichtöffentlich
Postzustelladressen für obdach- und wohnungslose Menschen	
	<u> </u>
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung)	<u> </u>
(vorbehaltlich des Stadtratsbeschlusses) Die Nachfrage nach Postzustelladressen für obdach- und wohnungslose Menschen ist in den letzten Jahr Eine Postadresse wird beispielsweise dringend gebraucht, um Arbeitsverträge abschließen zu können und beantragen zu können. Investitionen i. H. v. 20.000 € und Sachmittel i. H. v. 150.930 € werden 2024 aus effinanziert.	soziale Leistungen
2 Personelle Auswirkungen	

2. Personelle Auswirkungen					
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung		
befristet/Verlängerung Befristung	0,0	0,0	0,0		
dauerhaft	0,0	0,0	0,0		
davon Kompensation		0,0	0,0		
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	□ nein	☐ teilweise		

3. Finanzielle Auswirkungen					
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)
konsumtiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	150.930 €	150.930 €	150.930 €	150.930 €	
Personal	0 €	0€	0€	0€	
weitere kons. Auszahlungen	150.930 €	150.930 €	150.930 €	150.930 €	
investiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€
Auszahlungen	20.000 €	0€	0€	0€	0€

Referat:		SOZ-N018
Sozialreferat		
weitere betroffene Referate (Kürzel):	Federführung (Refera	atskürzel):
0	soz	
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung):	•	
40367200 Angebote im Sozialraum		
1. Geplante Beschlussvorlage	I_	
1.1 Arbeitstitel	☐ X öffentlich	□ nichtöffentlich
Fortbestand von laufenden Projekten / Mehrbedarf durch Kostensteigerung Befristete Förderung des Projektes Shaere in Neuperlach für die Zeit der Zwischennu	tzuna	
	g	
A C Provide and the Market Market and the Market Annual Acceptance of the Market Annual Accept	In	
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung) Fortbestand von laufenden Projekten / Mehrbedarf durch Kostensteigerung	☐ pflichtig	
Die Fläche des ehemaligen Allianz-Standortes in der Fritz-Schäffer-Straße 9 in Neupe Quartier mit ca. 200 Wohnungen, Büros und kleinteiligen Läden entstehen. Der Invest östlichen Gebäude eine Zwischennutzung für das Projekt "Shaere". Im Sinne der Naci Gebäudes durch das Projekt für die Zwischennutzung ausgebaut. Künstler*innen erhikurs-, Aufenthalts-, Studier- und Leseräume, ein Fotostudio, eine Werkstatt, ein Kino und mit Hilfe fachkundiger Ehrenamtlicher eingerichtet. Um die Zwischennutzung weiterhin zu unterstützen, soll das Projekt mit einem Zuschugefördert werden. Sachmittel i. H. v. 50.000 € werden 2024 aus dem Referatsbudget f	or Hines Immobilien G hhaltigkeit wurden zwe elten hier Ateliers und usw. und wurden mit g uss von 50.000 € jährli	SmbH ermöglichte im ei Stockwerke des Workshop-, Büro-, gespendeten Möbeln
2 Personelle Auswirkungen		

2. Personelle Auswirkungen					
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung		
befristet/Verlängerung Befristung	0,0	0,0	0,0		
dauerhaft	0,0	0,0	0,0		
davon Kompensation		0,0	0,0		
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	□ nein	☐ teilweise		

3. Finanzielle Auswirkungen					
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)
konsumtiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	50.000 €	50.000€	0€	0€	
Personal	0€	0€	0€	0€	
weitere kons. Auszahlungen	50.000€	50.000€	0€	0€	
investiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0€

Referat: Sozialreferat weitere betroffene Referate (Kürzel): Fed Sozialreferat	L derführung (Refera Z	SOZ-N019 tskürzel):
weitere betroffene Referate (Kürzel):	• (tskürzel):
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung): 40313900 Verw.aufg. i.R.d. Hilfen f. Asylbewerber		
1. Geplante Beschlussvorlage		
1.1 Arbeitstitel □ Sicherung der Fachpersonalkosten für Netzwerk Morgen e. V.	X öffentlich	□ nichtöffentlich
Politisch gewollt: Der Verein Netzwerk MORGEN e. V. versteht sich als Dachverband der Münchner Migrant zum Ziel, Münchner Migrant*innenorganisationen aus dem Sozial-, Bildungs- und Kulturber Stellen und Akteur*innen der Stadtgesellschaft zu vernetzen sowie Teilhabe und Engagem Einwanderungsgeschichte durch den partizipativen Ansatz deutlich zu stärken. Der Verein Finanzierung einer Teilzeitstelle, die seit 2016 über Projektgelder über das Projekt samo.fa 2022 ausgelaufen, weitere Drittmittel konnten trotz Bemühungen des Vereins nicht eingewert Personalstelle werden Vereine in ihrem Engagement für Geflüchtete unterstützt, Maßnahm Flucht/Asyl, Anti-Rassismus sowie Globales Lernen geplant und umgesetzt. Eine dauerhaf Verein unbedingt erforderlich, da diese Projektarbeit wichtiger Bestandteil der Vereinsarbei Mehrkosten im Zuschuss in Höhe von 60.000 € und werden 2024 aus dem Referatsbudget	at*innenselbstorgar Preich untereinande Preich untereinande Deantragt eine da Finanziert wurde. Forben werden. Mit Den zu den Theme Fite sichere Finanzieit geworden ist. Es	er und mit relevanten n mit uerhafte Diese Förderung ist dieser nbereichen erung ist für den

2. Personelle Auswirkungen					
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung		
befristet/Verlängerung Befristung	0,0	0,0	0,0		
dauerhaft	0,0	0,0	0,0		
davon Kompensation		0,0	0,0		
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	□ nein	☐ teilweise		

3. Finanzielle Auswirkungen					
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)
konsumtiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	60.000 €	60.000 €	60.000€	60.000 €	
Personal	0€	0€	0€	0€	
weitere kons. Auszahlungen	60.000 €	60.000€	60.000€	60.000€	
investiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0€

Referat:		SOZ-N020
Sozialreferat		
weitere betroffene Referate (Kürzel):	Federführung (Refera	atskürzel):
	SOZ	
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung):		
40315600 Soz.Einr.für Ausländer*innen		
1. Geplante Beschlussvorlage		
	☑ öffentlich	☐ nichtöffentlich
UKRAINE - Sicherstellung der Leistungsgewährung nach SGB XII durch 4.500 neue B Ukraine/Asyl	ettplätze im Bereich G	Geflüchtete
old all of test		
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung) Gesetzliche Aufgaben, bei denen die Steigerung der Fallzahlen nicht durch Effektivitäts	☑ pflichtig	☐ freiwillig
Im Zuge der aktuellen geopolitischen Situation und Fluchtgeschehens (Asyl und Ukrair Anstiegs der geplanten Bettplatzkapazitäten durch den Aufbau 4.500 neuer Bettplätze weiterer Personalbedarf im Bereich der Grundsicherung (SGB XII). Der Fachbereich v Wohnungslosensystem einschließlich Geflüchteten mit Aufenthaltserlaubnis in staatl. u 0 bis 15 Jahren sowie 67 Jahren und älter und Erwerbsunfähige mit allen zum Leben i Bettplatzkosten, Krankenversicherung, ggf Pflegebedarf, etc.). Insbesondere bei den G der vulnerablen sowie älteren und pflegebedürftigen Personen außergwöhnlich hoch. EVersorgung sollen schnell und umfassend zur Verfügung gestellt werden. Pflichtig aufgrund: SGB XII VZÄ werden 2024 aus dem Referatsbudget finanziert.	in dezentralen Unterk ersorgt Menschen im Ind dezentralen Unter notwendigen Mitteln (I eflüchteten aus der L	ünften ensteht Obdach- und künften im Alter von Lebensunterhalt, Jrkraine ist der Anteil
2. Personelle Auswirkungen		

2. Personelle Auswirkungen					
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung		
befristet/Verlängerung Befristung	0,0	0,0	0,0		
dauerhaft	0,0	3,0	0,0		
davon Kompensation		0,0	0,0		
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	☑ nein	☐ teilweise		

3. Finanzielle Auswirkungen					
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)
konsumtiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	0€	210.000€	210.000 €	210.000 €	
Personal	0 €	210.000€	210.000 €	210.000 €	
weitere kons. Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	
investiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0€

g-pgg			
Referat:		SOZ-N021	
Sozialreferat			
weitere betroffene Referate (Kürzel):	Federführung (Referatskürzel):		
	SOZ		
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung):			
40311100 Hilfen z. Lebensunterhalt 3. Kap.SGB XII, 40311600 Grusi.i.Alter+bei Emir	nd. 4.Kap.SGB XII		
1. Geplante Beschlussvorlage			
1.1 Arbeitstitel	☑ öffentlich	☐ nichtöffentlich	
Ukraine - Personalaufstockung im Bereich des SGB XII in den SBH aufgrund von Fallz	zahlsteigerungen		
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung)	☑ pflichtig	☐ freiwillig	
Gesetzliche Aufgaben, bei denen die Steigerung der Fallzahlen nicht durch Effektivitäts	ssteigerungen aufgefa	angen werden	
können / direkter Ukraine-Bezug Auf Grund der Fallzahlsteigerungen durch die Auswirkungen des Angriffskrieges auf di	ie I Ikraine entsteht eir	n	
Personalmehrbedarf von 10 VZÄ in der Sachbearbeitung SGB XII in den Sozialbürgerl			
Referatsbudget finanziert.			

2. Personelle Auswirkungen					
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung		
befristet/Verlängerung Befristung	0,0	0,0	0,0		
dauerhaft	0,0	10,0	0,0		
davon Kompensation		0,0	0,0		
Zusätzlicher Büroraumbedarf	☑ ja	□ nein	☑ teilweise		

3. Finanzielle Auswirkungen					
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)
konsumtiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	0€	700.000€	700.000 €	700.000 €	
Personal	0€	700.000€	700.000€	700.000€	
weitere kons. Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	
investiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0€

Referat:		SOZ-N023
Sozialreferat	'	
weitere betroffene Referate (Kürzel):	Federführung (Refera	atskürzel):
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung): 40363300 Hilfe zur Erziehung, 40363600 Eingliedhi. f.seel. beh.Ki.u.Jugendl.		
1. Geplante Beschlussvorlage		
1.1 Arbeitstitel	☑ öffentlich	☐ nichtöffentlich
Finanzierung von Praktikant*innen im Entgelt		
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung)	☐ pflichtig	☑ freiwillig
Fachkräfte zu gewinnen, müssen daher ausreichend Praktikumsstellen zur Verfügung Praktikumsstellen muss einheitlich geregelt sein. Aufgrund des derzeit eklatanten Fachkräftemangels ist es wichtig, dass möglichst viele sollen im Bereich der entgeltfinanzierten Einrichtungen über den jeweiligen Tagessatz über eine Pauschale erfolgen, die für alle Jugendhilfeträger gleich ist und sowohl den I Fahrtkosten sowie seine Anleitung beinhaltet. Diese Pauschale soll für Hochschulstud für sogenannte Auszubildende als Optiprax und Erzieher*in im Anerkennungsjahr gelte Seit vielen Jahren wird für Praktikant*innenstellen ein Zuschlag von 6.000 € gezahlt, w Summe ist seit Jahren nicht kostendeckend. Um sicherzustellen, dass weiterhin genügstehen, muss diese Summe auf mindestens 8.000 € erhöht werden. Ausweitung von 120 auf 170 um 50 Gruppen/Stellen: 50 x 6000 = 300.000 € Erhöhung von 6000 € auf 8000 €: 170 x 2000 = 340.000 € Transferkosten: 640.000 € Transfererlöse aus Refinanzierung (individuell Pflichtaufgabe) 640.000 €	e Träger Auszubildenc finanziert werden. Die Lohn für den Auszubild ierende, für duale Studen. en. velches im Entgelt verr	de ausbilden. Diese ese Finanzierung soll denden und dessen dierende, aber auch rechnet wird. Diese

2. Personelle Auswirkungen					
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung		
befristet/Verlängerung Befristung	0	0	0		
dauerhaft	0	0	0		
davon Kompensation		0	0		
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	☑ nein	☐ teilweise		

3. Finanzielle Auswirkungen					
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)
konsumtiv					
Einzahlungen	640.000 €	640.000€	640.000€	640.000 €	
Auszahlungen	640.000 €	640.000€	640.000€	640.000 €	
Personal	0€	0€	0€	0€	
weitere kons. Auszahlungen	640.000 €	640.000€	640.000€	640.000 €	
investiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0€

Referat:		SOZ-N024
Sozialreferat		
weitere betroffene Referate (Kürzel):	Federführung (Refera	atskürzel):
	SOZ	
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung):		
40366100 Einrichtungen der Jugendarbeit, 40363400 Hilfe f.junge Vollj./Inobhutn. SGE 40711890 Mü.Kind-HBetrieb;	3 VIII, 40712935 Wais	enhaus Betrieb,
1. Geplante Beschlussvorlage		
1.1 Arbeitstitel	☑ öffentlich	☐ nichtöffentlich
Sicherstellung der Handlungsfähigkeit des Stadtjugendamtes im Kinderschutz Teil 2		
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung)	☑ pflichtig	☐ freiwillig
freien Trägern als auch vom städtischen Träger umgesetzt wird. Während einer Inobhutnahme werden Kinder und Jugendliche in der Regel in Schutzs untergebracht. Die Unterbringung dient zur Abwendung einer Kindeswohlgefährdung. Regulär soll die Unterbringung in einer Schutzstelle 3 Monate nicht übersteigen. Derze Aufenthaltsdauern in den Schutzstellen, wodurch es zu Platzengpässen kommt. Die Vermittlung der Kinder und Jugendliche in längerfristige stationäre Angebote der K die Vermittlungsstellen in den Sozialbürgerhäusern. Um die Verweildauer in den Schutzstellen zu verkürzen und dadurch die aktuell sehr a soll in den Schutzstellen zusätzliches Personal eingesetzt werden, dass zum einen Kir Bedarfen intensiver betreuen kann und zum anderen in der Vermittlung unterstützen u Lange Verweildauern in Schutzstellen, die für Kinder und Jugendliche sehr belastend svermieden und die Vermittlungsstellen entlastet. Transferkosten: 2.000.000 €	it verzeichnen wir jed ünder- und Jugendhilf ngespannte Platzsitua der und Jugendliche nd diese beschleunige	och lange e erfolgt aktuell durch ation zu entzerren, mit höheren en kann.

2. Personelle Auswirkungen					
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung		
befristet/Verlängerung Befristung	0	0	0		
dauerhaft	0	0	0		
davon Kompensation		0	0		
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	☑ nein	☐ teilweise		

3. Finanzielle Auswirkungen						
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)	
konsumtiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€		
Auszahlungen	2.000.000€	2.000.000 €	2.000.000€	2.000.000€		
Personal	0€	0€	0€	0€		
weitere kons. Auszahlungen	2.000.000€	2.000.000 €	2.000.000€	2.000.000€		
investiv						
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0€	

3-p		
Referat:		SKA-001
Sozialreferat		
weitere betroffene Referate (Kürzel):	Federführung (Refera	atskürzel):
	soz	
Produkt(e) (Nr. und Bezeichnung):		
40111000 Overhead		
1. Geplante Beschlussvorlage		
1.1 Arbeitstitel	☐ X öffentlich	□ nichtöffentlicl
Weiterentwicklung Tax Compliance Management System (TCMS) - Personalbedarf fü	r die Umsetzung eines	TCMS
1.2 Beschlussinhalt (Kurzbeschreibung)	□ X pflichtig	☐ freiwilli
Direkte Folgen haushaltswirksamer Beschlüsse des Stadtrats, sofern noch nicht in de	r Haushaltsplanung er	nthalten +
Gesetzliche Aufgaben Mit der Besetzliche Aufgaben	TCMC)" dar Stadtköm	amoroi wird dom
Mit der Beschlussvorlage "Weiterentwicklung Tax Compliance Management System (* Stadtrat die Allgemeine Steuerrichtlinie vorgestellt. Das TCMS umfasst die auf der Gru		
Vertreter*innen der Landeshauptstadt München festgelegten Ziele und eingeführten R		
Verhalten aller Beteiligten abzielen und vor allem wesentliche Verstöße verhindern (§	•	,
Gemäß § 6 Abs. 2 Sätze 1, 2 Allgemeine Steuerrichtlinie ist das Sozialreferat verpflich	•	, ,
zu bestellen, der die Schnittstelle zwischen den Dienststellen und der Steuerabteilung Aufgabenspektrum des TCP wird auf § 6 Abs. 2 Satz 3 Allgemeine Steuerrichtlinie ver		idet. Zum
,ggg		
2 Personelle Auswirkungen		

2. Personelle Auswirkungen					
Personalkapazitäten (in VZÄ)	Aktuell	Mehrbedarf	BefrVerlängerung/ Entfristung		
befristet/Verlängerung Befristung	0,0	0,0	0,0		
dauerhaft	0,0	0,7	0,0		
davon Kompensation		0,0	0,0		
Zusätzlicher Büroraumbedarf	□ ja	☐ X nein	☐ teilweise		

3. Finanzielle Auswirkungen					
	2024	2025	2026	2027	(2028 ff.)
konsumtiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	
Auszahlungen	24.500 €	49.000 €	49.000 €	49.000 €	
Personal	24.500 €	49.000€	49.000€	49.000€	
weitere kons. Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	
investiv					
Einzahlungen	0€	0€	0€	0€	0€
Auszahlungen	0€	0€	0€	0€	0 €